

- Genosse Tsipras gegen Kritik an China – und pro Erdogan –

# EU verzichtet auf China-Kritik

## Mitgliedstaaten uneinig über Menschenrechtserklärung

boe. PEKING, 8. Dezember. Anders als im vergangenen Jahr haben sich die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union anlässlich des Tags der Menschenrechte am Sonntag nicht auf eine gemeinsame Erklärung zur Menschenrechtssituation in China einigen können. Schon in den vergangenen Monaten hatte sich abgezeichnet, dass der wachsende wirtschaftliche Einfluss Chinas in Europa eine gemeinsame Haltung der EU zu sensiblen Fragen gegenüber Peking zunehmend erschwert. Anstelle einer einstimmigen Erklärung aller Mitgliedstaaten, um die bis zuletzt intensiv gerungen wurde, veröffentlichte am Freitag die EU-Delegation in Peking, also die diplomatische Vertretung der Union, eine Stellungnahme, der sich die Mitgliedstaaten freiwillig anschließen können.

Im Bereich der gemeinsamen Außen-, und Sicherheitspolitik, zu dem Menschenrechte gehören, reicht eine Stimme, um eine Entscheidung zu Fall zu bringen. So hatte Griechenland im Juni im Alleingang eine EU-Stellungnahme zu Menschenrechtsverletzungen in China vor dem UN-Menschenrechtsrat blockiert, so dass die Union zum ersten Mal überhaupt keine Position in den Rat einbringen konnte. Griechenland profitiert in besonderem Maße von chinesischen Investitionen, etwa in den Hafen von Piräus. Auch Ungarn, das ebenfalls Nutznießer der sogenannten Seidenstraßeninitiative (offizieller Titel: „Eine Straße, ein Gürtel“) von Präsident Xi Jinping ist, ist in der Vergangenheit aus dem Konsens der Mitgliedstaaten ausgespart. Budapest hatte beim Seidenstraßenforum im Mai dieses Jahres eine von Peking weitgehend eigenhändig verfasste Abschlussdeklaration mitunterzeichnet, der sich die übrigen EU-Staaten verweigert hatten.

In der vom Konsensdruck befreiten Stellungnahme der EU-Delegation vom Freitag heißt es: „Wir bleiben extrem besorgt darüber, dass China seinen Bürgern weiterhin fundamentale Menschenrechte vorenthält.“ Der deutsche Botschafter in Peking, Michael Clauss, erklärte seine Unterstützung für das Papier und ging zugleich mit zusätzlichen Anmerkungen darüber hinaus. So schrieb er etwa auf der Website der Botschaft: „Ich bedaure insbesondere die Verurteilung des Menschenrechtsanwalts Jiang Tianyong.“ Die namentliche Nennung einzelner Fälle wird von China als besonderer Affront betrachtet. Der prominente Anwalt war im vergangenen Monat zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Derweil richtete China am Donnerstag und Freitag ein eigenes „Menschenrechts-Forum“, das sich mit einem „Menschenrechtsentwicklungspfad chinesischer Prägung“ befasste.

[www.mesop.de](http://www.mesop.de)

\*\*\*\*\*

Der gleiche Text von „boe. PEKING“ erschien in der FAZ am 9. Dezember auf Seite 9